

USA

Gibt es einen Powell- oder Wolfowitz-Krieg?

Das politische Establishment der USA ist sich noch uneinig über den genauen Plan im "Krieg gegen den Terror". Präsident George Bush wird sich zwischen der gemäßigten Linie seines Außenministers Colin Powell und der harten Gangart des Vize-Verteidigungsministers Paul Wolfowitz entscheiden.

Als am 11. September die Türme des World Trade Center in Schutt und Asche fielen, war die Welt überzeugt: Die Rache der USA werde so vernichtend wie unausweichlich sein. Präsident George W. Bush sprach vom "ersten Krieg des 21. Jahrhunderts", den er "gegen den Terror" zu führen gedenke. Doch die politische Wirklichkeit unterscheidet sich erheblich von der verbalradikalen Kriegstreiberei aus dem Weißen Haus und dem Pentagon. US-Außenminister Colin Powell ist bemüht, eine möglichst breite "Koalition gegen den Terror" zusammenzubringen. Besonders am Herzen liegen Powell dabei die Staaten der arabischen Welt. Afghanistans Nachbar Pakistan mutierte von einer international geächteten Militärdiktatur zu einem von den USA hofierten Partner. Die saudische Monarchie konnte sich nach intensiven Verhandlungen dazu durchringen, den USA ihre Militärbasen für Aktionen gegen Afghanistan zur Verfügung zu stellen. Auch Ägypten und Jordanien will Powell dabei haben.

Widerstand gegen Bündnispolitik

Gegen die Bündnispolitik Powells regt sich Widerstand am rechten Rand des politischen Establishments der USA. Einige Konservative meinen, dass eine zu große Koalition die Handlungsfähigkeit der USA einschränken würde. "Der Sinn einer Koalition liegt darin, einen Zweck

zu erfüllen, und nicht darin, möglichst viele Mitglieder zu haben", sagte Richard Perle, ein hoher Mitarbeiter des Pentagon unter Präsident Ronald Reagan, der Washington Post. Perle ist Mitglied des Project for the New American Century. Die Lobbyorganisation sammelt Unterschriften für eine Absetzung des irakischen Diktators Saddam Hussein im Zuge der Terrorismusbekämpfung.

Auch innerhalb der Regierung gibt es keinen Konsens darüber, mit welchen militärischen Maßnahmen man den Terrorismus wirksam bekämpfen könne, ohne dabei die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen der USA mit der islamischen Welt zu zerstören. Der einzige Punkt, über den Einigkeit besteht, ist ein Angriff auf den mutmaßlichen Mentor der Attentäter vom 11. September, Osama bin Laden, sowie auf die Taliban-Theokratie.

"Abgesehen von Schlägen gegen Ziele in Afghanistan erwägen die Strategen der Bush-Regierung eine ganze Reihe von Aktionen", berichtet die Washington Post. "Infrage kommen Bombardements von Fabriken zur Herstellung biologischer Kampfstoffe im Irak oder Kommandoaktionen gegen mutmaßliche Terroristen in Ländern wie Syrien oder Libanon."

Was die Strategie betrifft, so stehen sich auf der einen Seite der Hardliner im Pentagon und stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, und auf der anderen Außenminister Colin Powell



Ein Passant am Hudson River in New York ergänzt das Wanted-Poster aus einer Tageszeitung.

(Foto: Epa)

gegenüber. Wolfowitz beschreibt sich selbst als "konservativen Ideologen", beharrt aber darauf, dass seine Vorliebe für Worst-Case-Szenarien auf Fakten beruhe. Der gelernte Mathematiker und Politikprofessor hatte bereits 1977 als untergeordneter Mitarbeiter des Pentagon in der Regierung des Demokraten James Carter ein Szenario beschrieben, in dem Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert und Saudi-Arabien bedroht. Jetzt wirbt er für einseitige Militärfaktionen der USA gegen unterschiedliche Staaten, darunter der Irak.

Colin Powell ist - für einen Berufssoldaten - vergleichs-

weise moderat eingestellt. Auch Powells Biografie deutet darauf hin, dass er ernsthaft an einer Schadensbegrenzung im kommenden militärischen Konflikt interessiert ist. 1990 gehörte er zunächst zu den Gegnern des Irak-Krieges, führte dann aber gemeinsam mit den Generälen Norman Schwarzkopf und Richard Cheney, dem jetzigen Vizepräsidenten, das Oberkommando. In seiner Autobiografie nennt er Wolfowitz mal "starrköpfig", mal einen "durchgeknallten Rechten".

Präsident Bush wird sich früher oder später entscheiden müssen, welcher Fraktion seiner Berater er folgen will.

Bushs eigene Äußerungen, wenn sie auch eher vage gehalten sind, deuten darauf hin, dass er einen harten Kurs befürwortet.

Bush will Zeit gewinnen

Andererseits lässt er sich auf Pressekonferenzen von Colin Powell aushelfen, wenn er auf eine Frage keine Antwort weiß oder ihm die Worte fehlen. Momentan versucht Bush, Zeit zu gewinnen. Er verweist auf die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen und die für gezielte militärische Schläge notwendige Aufklärungs- und Geheimdienstarbeit. Außerdem, so Bush, würden viele Operationen gegen den Terrorismus der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Die konträren Rollen von Powell als Stimme der Mäßigung und Wolfowitz als Hardliner erlauben es Bush, sich als abwägender Staatsmann darzustellen, ohne sich die Möglichkeit zu verbauen, große angelegte Militärschläge zu führen.

Dass sich die Öffentlichkeit in den USA, besonders nach den sehr martialischen Signalen in den vergangenen Wochen, mit dieser abwartenden Haltung auf Dauer nicht zufrieden geben wird, weiß Bush. Die zahlreichen Friedensdemonstrationen am vergangenen Wochenende repräsentieren nicht die politisch relevante Mehrheit in der Bevölkerung. Der Kongress hat Bush das Mandat für Militärschläge erteilt, die Demokratische Partei hat sich durch diese Demonstration der Einheit selbst aus der Verantwortung gezogen. Dieses Mandat nicht zu nutzen, würde für Bush einen Prestigeverlust bedeuten. Die Frage ist nur, ob es ein Wolfowitz- oder ein Powell-Krieg wird.

Tim Blömeke lebt in Berlin, ist freier Mitarbeiter der Berliner Wochenzeitung Jungle World, für die er seit zwei Jahren über US-amerikanische Politik berichtet.

Christiane Wagener

Ihr gehört ein Teil der woxx.

"Ich finde es gut, dass in der woxx regelmäßig sozial- und vor allem auch frauenpolitische Themen kritisch behandelt werden. Mir gefällt auch die besondere Organisationsform der woxx: selbstverwaltet, hierarchiefrei ... Auch um dieses Modell zu unterstützen, bin ich Anteilseignerin geworden."



Christiane Wagener arbeitet im Frauenhaus Luxemburg und ist seit 1991 Anteilseignerin der woxx.

Die woxx gehört Ihnen - machen Sie was draus.

Legen Sie sich einen Anteilschein der woxx-Kooperative zu:

Sie stärken damit die einzige Wochenzeitung Luxemburgs, die die Leserinnen und Leser mitgestalten können.

Tel.: 29 79 99 - 0; Fax: 29 79 79; admin@woxx.lu; www.woxx.lu_con-coop.lu

Tim Blömeke